

Sachsen-Zeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 216 Nummer 506 a

Wozu Preis: Die 84 Seiten 34 mm breite mm-Gebundene 10 Pfennig. Kleine Anzeigen: 6 Pfennig. Familien-Anzeigen: 4 Pfennig. ... Halle-Saale Sonntag, 25. Nov. 1923

Kardorffs mißgünstige Kabinettsbildung Ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei

Ein bürgerliches Kabinet?

Die Besprechungen in der Deutschen Volkspartei, insbesondere die des Abg. von Kardorff mit dem Reichspräsidenten, die am 2. Uhr begannen, dauerten längere Zeit. Kardorff hat zwar noch nicht den förmlichen Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten, er hat jedoch keine Bedingungen, eine Regierung aufzubauen zu bringen, sofort nach seiner Rückkehr aus dem Reichstage aufgenommen und konfektierte den ganzen Nachmittag eifrig mit dem Abg. Marx und Dr. Petersen, dem Führer der Zentrum, und der demokratischen Fraktion. Außerdem nahm er auch mit bisherigen Ministern und anderen Spitzenführern, z. B. mit dem Gesundheitsminister von Baum und dem Fraktionsführer der Sozialistischen Volkspartei Dr. Eick. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß von Kardorff verstanden wird, ein bürgerliches Kabinet sei etwa von der Art des letzten Kabinetts Stresemanns unter Einwirkung einiger bürgerlicher Parteien zu bilden, ohne daß diese letztere in eine feste Regierungseinheit mit den übrigen bürgerlichen Parteien eintritt. Die Demokraten und das Zentrum scheinen diesen Vorschlag entgegenzunehmen. Anheftend ist jedoch die Stellung der Deutschen Volkspartei. Ihre Führer Dr. Stresemann und Dr. Eick, waren heute nachmittag nicht im Reichstag anwesend. Die Fraktion tritt jedoch um 6 Uhr nachmittags zusammen und man erwartet von dieser Sitzung die Entscheidung über die Möglichkeit eines Kabinetts Kardorff.

Kardorff gibt seinen Auftrag zurück

Die Deutsche Volkspartei hielt am Sonntagabend noch eine längere, nicht sehr stark besuchte Fraktionssitzung ab, in der es zu einer eingehenden Erörterung der Frage kam, ob die Fraktion sich dem Auftrag des Reichspräsidenten zu unterziehen wolle. Herr von Kardorff sah offenbar auf dem Verlauf der Debatte den Schluß, daß seine Fraktion es nicht wolle, wenn er seinen Auftrag wirklich annehmen würde. In dieser Angelegenheit verurteilte Kardorff, daß er die Möglichkeit habe, den Auftrag zurückzugeben.

Der Reichstag will sparen

Eine gemeinsame Sitzung des Reichstages, des Vorstands des Reichstages und der Reichsämter des Reichsausschusses des Reichstages beschloß sich heute mit der Frage, ob die Eingangsrechnungen im Haushalt, die in der gesamten Reichsverwaltung getroffen werden, auch auf den Reichstag ausgedehnt werden sollen. Die Reichsämter erklärten sich für heute noch nicht für befähigt, Beschlüsse in dieser Richtung zu fassen. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit wurde vielmehr für die zweite Sitzung des Reichstages im Reichsausschuss zurückgestellt. Die Frage, ob die wörtliche Aufnahme der Reden im Reichstag noch weiter ausgedehnt werden soll, wird von einem Untersuchungsausschuss geprüft werden, in dem jede Partei ein Mitglied entsendet. Die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursache des Weltkrieges, über die Gründe des Zusammenbruchs des Völkervertrages, welche nunmehr ihrem Abschluß nahe sind und werden in kurzem zur Ausgabe gelangen.

Auslandsstimmen zum Kanzlersturz

Der Sturz des Kabinetts Stresemann ist gestern abend zuerst in den Wandblättern der Sommer besagten worden und dort oben eifrig besprochen worden wie die kurz darauf erfolgte Mitteilung Boineards von der „Capitalation Times“, wie Boineard die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Reparationskommission und der Weimarer Regierung. Der Sturz der Stresemann, ist im „Paris Journal“ Marcel Rab, der sich kürzlich einige Zeit zum Studium der deutschen Verhältnisse in Berlin aufgehalten hat, bester darin, daß die Stresemann unter „Spezialisten der parlamentarischen Welt“ für einen Mann der Tat und einen Staatsmann gelten. Stresemann gelte mit Recht als der „beste „Präsident“ der Reichstages. Der deutsche Parlamentarismus, der niemals glänzend gewesen sei, ist heute in voller Auflösung und glänzend disintegriert. Stresemann habe eine Rolle gespielt, für die er nicht geschaffen war, und das sei der tiefere Grund für seinen Mißerfolg. „Man“ sieht in dem Sturz Stresemanns die Möglichkeit für Frankreich, „nützlich in die bürgerlichen Angelegenheiten einzugreifen“. Deutschland, so schreibt das Blatt, könnte in der traurigen Lage, in der es sich befindet, und in der die Eingetragten der Alliierten mißgünstig

Die Times' nimmt bisher als einziges Blatt an dem in später Stunde gemachten Scheitern des Stresemann Stellung und schreibt: Der Sturz Stresemanns habe eine besondere Bedeutung. Er sei das Ende einer Epoche. Stresemann habe ein durch die wahrnehmbare Finanzpolitik seiner Vorgänger fortgeleiteter Deutschland regieren müssen. Er habe sich gewandt über die diplomatischen Maßnahmen gegen die offene Revolte von Gruppen, Parteien und Staaten ankämpfen müssen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, seien außerordentlich gewesen, aber aus unüberwindlichen Hindernissen, dem er gegenüberstand, habe in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten gelegen. Hier habe Stresemann alles getan, was ein fleißiger Denker hätte tun können, um mit den Alliierten zu einer Regelung oder wieder zu Verhandlungen zu kommen. Er sei ihm ohne seine Schuld nicht gelungen. Stresemann habe Anforderungen gemacht, freilich ohne Erfolg, weil er nach dem Willen einer wirksamen Unterfertigung von außen seinen Einfluß auf die innere Politik verlor. deren Bevölkerung und ökonomischer Zustand immer größer wurde. Er appellierte schließlich an den Reichstag, was ein Akt der Verzweiflung gewesen sei. Was jetzt bevorstehe, sei eine sehr ernste Aufgabe für die ganze Welt. Die nachste Aufgabe, daß Deutschland auseinanderbräche, müsse jetzt als wichtigste Aufgabe in Europa erkannt werden, in dem die große Welt in Aufruhr in Hintergründe lauzere. Es könne sein, daß während der nächsten Monate die Trennung des Reiches und des Scheiterns der Vorschläge von Deutschland verhandelte politische Gestalt annehmen werde. Frankreichs Bemühungen näherten sich ihrem Ziel. Eine neue politische und wirtschaftliche Einheit, gesamt und beherrschend von Frankreich, drohe mitten in Europa aufzuliegen. Der übrige Teil des deutschen Reiches, der dieses reichen Gebietes, auf unbestimmte Zeit braucht sei, werde wenig Aussicht auf baldige Erholung haben.

Die Schwere zum Kabinettssturz

Aus politischen Kreisen der Schwere wird uns gemeldet: Die Vorgänge der letzten Tage im deutschen Parlament und der gestrigen Sitzung des Kabinetts Stresemann haben die Aufmerksamkeit des Auslandes wieder in nicht geringer Weise auf Deutschland gelenkt und sind in der Presse des Auslandes in Folge der Not und des Drucks durch Frankreich heute zu vernehmen. Es ist Deutschland selbst, das immer wieder durch das ewige Schwanen und die Verteilungserklärungen dem Auslandes Veranlassung gibt, sich ein Bild von ihm zu machen, die man für Deutschland als überleben. Diese Ansicht haben wir trotz aller auch einseitigen Schmeißen und sie kommt auch in den Besprechungen zum Sturz des Kabinetts Stresemann zum Ausdruck. Die „Wafeler Nachrichten“ schreiben, das härteste Geschick ist von der Wunde seiner schwachen Feinde in den Tod getrieben worden. Diese Situation macht einen miserablen Eindruck, weil keiner der politischen Faktoren, die das Kabinetts gestürzt haben, im Ernst daran denken, an seiner Stelle zu regieren. Was die Ergebnisse der Stresemannschen Politik als solche betrifft, so heißt das Blatt, daß Stresemann nur wenig erreicht habe, beifolgt hat er in Bezug auf die innere Politik seine Hauptaufgabe, dem Reichstag auf die Forderungen hin, nicht durchzuführen und das bedeute das Weiterbestehen des deutschen Glanzes. Die Zeitung stelle den Rißern des Abkommensvertrages im Reichstag die des glänzenden Versagens der Schwere, die man für Deutschland als überleben. Für die ganze Welt seien heute Ereignisse ein Gegenstand neuer Sorge. Das Blatt hebt ebenfalls das Verhalten Stresemanns auf innerpolitischen Gebiete hervor. Er habe nicht den Mut zur Diktatur gefunden.

Das Ruhrabkommen

Heber den Inhalt des von den deutschen Industriellen durch Vogeler abgeschlossenen Abkommens mit der Weimarer Regierung, die Reparationskommission, noch folgenden Mitteilungen: Das Abkommen tritt bis zum 15. April 1924 in Geltung. Es umfaßt die folgenden sechs Hauptpunkte: 1. Die Reparationsleistungen, die durch deutsche Delegationen des Abkommens unterzeichnet werden, werden für die rückständige Kohlensteuer in der Zeit vom 1. Januar bis 1. November 1923 15 Millionen Dollars, d. h. 279 Millionen Franken, zum Tageskurs festsetzen. 2. Die Industriellen sind für jede verkaufte Tonne Kohlen 10 Franken zu bezahlen. 3. Von der Kohlenproduktion werden 18 Prozent an die Entente abgeführt.

Die im Ruhrgebiet am 1. Oktober vorhandenen Kohlenvorräte bleiben Eigentum der Alliierten.

Die im Ruhrgebiet am 1. Oktober vorhandenen Kohlenvorräte bleiben Eigentum der Alliierten. 5. Ausfuhrbestimmungen müssen nach wie vor angeordnet werden. Die Ausfuhr metallurgischer Produkte kann erst nach Zahlung der rückständigen Kohlensteuer erfolgen und muß in bestimmten Höhe sich bewegen wie im Jahre 1922. 6. Die Lieferung der Kohlenneubeauftragte wie Ammoniak-Sulfat, Benzol, Xer wird Gegenstand besonderer Abkommen bilden. Dem Ruhrabkommen sind mehrere Abnänge beifolgt, die die rein technischen Fragen betreffen, wie die Fragen, welche Quantitäten auf Reparationskonten geliefert werden sollen und welche Strafen in Kraft treten, falls das Abkommen nicht gehalten werden sollte. Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet erwartet man dort, daß nunmehr innerhalb von sechs bis acht Wochen die Wiedereröffnung der Arbeit vor sich gehen wird. Der Düsseldorf-Korrespondent des „Journal“ macht die wichtige Mitteilung, daß die durch das Abkommen erzielten Summen ebenso wie die durch die Abbrechung erlangten Summen sowie die Einnahmen aus den Reparationskonten dem „Reparationskonto“ gutgeschrieben werden sollen und daß diese Summen bis zur Deckung der Kosten der Ruhrbesetzung von Frankreich und Belgien verwendet werden. In diesem Punkte könnte es keine Abweichung mehr geben und keine Vermittlung könne die Alliierten mehr trennen. Die Situation sei nunmehr klar. Auch der Korrespondent des „Paris Journal“ erklärt, daß besonders die durch die Kohlensteuerungen der deutschen Industriellen erzielten Summen dem Reparationskonto gutgeschrieben werden sollen.

Französischer Kommentar zum Ruhrabkommen

Das „Echo de Paris“ bespricht das Abkommen, das zwischen dem zum Bergbauindustriellen Verein gehörigen Eruben mit der belgisch-französischen Reparationskommission abgeschlossen worden ist. Der Verein besitzt nach seiner Ansicht 80 Prozent der reinkohle-messfähigen Produktion. Er werde von nun ab 23 Prozent seiner Kohlenförderung und Kohlenproduktion an Frankreich zu liefern haben. Das Abkommen mit den Industriellen entspreche dem, das mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen worden ist, jedoch mit einer Ausnahme: In dem Vertrag sei eine Art politische Klausel vorhanden. Deutschland sei seine Anforderungen gemacht worden, Frankreich zu erlauben, die Reparationskommission ungehindert die Summen für Kohlenlieferungen zu übermitteln. Die französische Regierung habe nicht verstanden, zu behaupten, daß sie in Recht liege, gewisse Abzüge zu machen entsprechend den Besetzungskosten auf den restlichen Reinertrag. Die Absicht sei darauf ausgegangen, in den Kontrakt eine Art Klausel einzufügen, die eine Art Kontrolle gegen die Regalitäten des Ruhrerubens einschloß. Gestern vormittag habe Boineard mit Decourts dem Minister Frankreich, dem Minister der öffentlichen Arbeiten, dem Finanzminister und dem Kriegsminister beraten. Es sei beschlossen worden, daß die französische Regierung sich nur das Recht vorbehalten könne, die Angelegenheit direkt mit der Reparationskommission zu regeln, und daß die französische Regierung in seiner Weise die Rechte der Reparationskommission beeinträchtigen. Wenn das Problem der Reparationskommission unterbreitet werde, werde Verbund nur zwischen zwei Fragen zu wählen haben, entweder, er solle dabei, die juristische Rechtfertigung der Ruhrbesetzung auszuweisen, dann würde er auch für seine Hand von dem seit dem 11. Januar erzielten Einnahmen nichts in Anspruch nehmen dürfen, oder aber, er unterlasse seinen Protest, dann würde es ihm schwerer fallen, der Wiederherstellung der Besetzungskosten für das französische Volk nicht auszuweichen.

Die Sonderbündler in Ludwigschafen

Die Franzosen als Schutztruppe der Sonderbündler. Ludwigschafen, 24. November. Aus einer ausführlichen Meldung von generalistischer Seite über den Ueberfall der Separatisten ist noch folgendes zu entnehmen: Sinter dem Stotrupp, der gestern früh in Stärke von etwa 100 Mann in die Stadt einrückte, marschierte eine Kompanie französischer Soldaten. Den Sonderbündlern sollen sich etwa 1000 Erweiterte einmischen aus Ludwigschafen angeschlossen. Aus dem Ungehörigen Nord, das die Separatisten zuerst besetzten, war einhundert der deutsche Selbstschutz durch die Franzosen neutralisiert entfernt worden; im übrigen bewachten die Franzosen beide Stadttore bis gestern nachmittag, um dann den Sonderbündlern freien Weg zu lassen, die dort befindlichen Truppen zum Teil unter Bedrohung mit der Waffe zum Weiterarbeiten anzuhalten. Die von den Franzosen entnommene Polizei verhielt sich wieder, jedoch ohne Widerstand, dem Ungehörigen Nord. Die Geschäfte sind fast alle geschlossen. (Eigener D. Z. Bericht.)

Die Rheinlandkommission hat in Ludwigschafen von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens eine Verhörsitzung abgehalten.

Halbesche Hochschule

Familiches Organ der halbsischen Studentenschaft

Und wenn die Welt sich immerfort vernichtet,
Er hört Gott sprechen:
Soviel kann nie zusammenforschen,
Wie sich immerfort neu aufdrückt.

Richard Dehmel.

Universität und Volk

Von Geheimrat Prof. Dr. Rudolf Eucken.

Das Verhältnis von Universität und Volk beruht heute eigentlich auf drei Schwierigkeiten. Früheren Zeiten galt die intellektuelle Herrschaft der Universität als unbestritten; die Worte des Volkes betraute jene mit höherer Ehrwürde. Der Verlauf der Menschheit hat aber einen großen Wandel gebracht, die öffentliche Meinung wurde immer selbständiger, Bildung und Unterricht erfahren weit mehr Offenbarung, öffentliche Meinung wurde durch mannigfache Erleuchtung gemindert, zwischen Universität und Volk ist ein großer Gegensatz entstanden, nicht nur in der Angelegenheit, sondern auch in der Sache selbst. Die öffentliche Meinung wurde immer selbständiger, Bildung und Unterricht erfahren weit mehr Offenbarung, öffentliche Meinung wurde durch mannigfache Erleuchtung gemindert, zwischen Universität und Volk ist ein großer Gegensatz entstanden, nicht nur in der Angelegenheit, sondern auch in der Sache selbst.

Wollens erreicht; sie suchte Freiheit, und sie verließ unter dem Schein der Freiheit mancher Unfreiheit, sie wollte die lebendige Gegenwart führen, und sie ist in eine Abhängigkeit von Vergangenheit übergegangen, sie ist in eine Abhängigkeit von Vergangenheit übergegangen, sie ist in eine Abhängigkeit von Vergangenheit übergegangen.

Wollens erreicht; sie suchte Freiheit, und sie verließ unter dem Schein der Freiheit mancher Unfreiheit, sie wollte die lebendige Gegenwart führen, und sie ist in eine Abhängigkeit von Vergangenheit übergegangen, sie ist in eine Abhängigkeit von Vergangenheit übergegangen.

Auslanddeutsche Studenten

Wird werden sie von den Ausländern, die jetzt so überreichlich unter Hochschulen heillosen, nicht unterziehen. Die Leiterinnen von Studentenbünden stellen die gleichen Forderungen an beide. Selbst die Universitätsverbände hat man bisher nicht dazu bewegen können, in der offiziellen Erneuerung sich vollständig zum Anschluss an Ausländer zu verpflichten.

Wird werden sie von den Ausländern, die jetzt so überreichlich unter Hochschulen heillosen, nicht unterziehen. Die Leiterinnen von Studentenbünden stellen die gleichen Forderungen an beide.

Wird werden sie von den Ausländern, die jetzt so überreichlich unter Hochschulen heillosen, nicht unterziehen. Die Leiterinnen von Studentenbünden stellen die gleichen Forderungen an beide.

Wird werden sie von den Ausländern, die jetzt so überreichlich unter Hochschulen heillosen, nicht unterziehen. Die Leiterinnen von Studentenbünden stellen die gleichen Forderungen an beide.

Der Weg zur deutschen Volksgemeinschaft

Von Lucius Kootz, cand. jur. et rer. pol.

In einem letzten Artikel in der vorigen Nummer der Hochschulleitung habe ich mich über die prinzipielle Einstellung von Student und Arbeiter, insbesondere der sogenannten Volksgemeinschaft, geäußert. Diese hat die Quintessenz aus meinen vorigen Ausführungen, so kommt man zu dem Schluss, daß beide in einem Verhältnis stehen, wie es etwa Wasser und Feuer unter den Elementen einnehmen.

In einem letzten Artikel in der vorigen Nummer der Hochschulleitung habe ich mich über die prinzipielle Einstellung von Student und Arbeiter, insbesondere der sogenannten Volksgemeinschaft, geäußert.

deutschen Stämme sich in ihrer Uneinigkeit selbst beschließen, der ganzen Zeitraum späterer deutscher Geschichte ist ausschließlich dem Kampf zwischen den beiden aneinander entgegenstehenden Parteien gewidmet. Die Zeit von vor über hundert Jahren wird als die Zeit des Kampfes zwischen den beiden aneinander entgegenstehenden Parteien bezeichnet.

deutschen Stämme sich in ihrer Uneinigkeit selbst beschließen, der ganzen Zeitraum späterer deutscher Geschichte ist ausschließlich dem Kampf zwischen den beiden aneinander entgegenstehenden Parteien gewidmet. Die Zeit von vor über hundert Jahren wird als die Zeit des Kampfes zwischen den beiden aneinander entgegenstehenden Parteien bezeichnet.

deutschen Stämme sich in ihrer Uneinigkeit selbst beschließen, der ganzen Zeitraum späterer deutscher Geschichte ist ausschließlich dem Kampf zwischen den beiden aneinander entgegenstehenden Parteien gewidmet. Die Zeit von vor über hundert Jahren wird als die Zeit des Kampfes zwischen den beiden aneinander entgegenstehenden Parteien bezeichnet.

deutschen Stämme sich in ihrer Uneinigkeit selbst beschließen, der ganzen Zeitraum späterer deutscher Geschichte ist ausschließlich dem Kampf zwischen den beiden aneinander entgegenstehenden Parteien gewidmet. Die Zeit von vor über hundert Jahren wird als die Zeit des Kampfes zwischen den beiden aneinander entgegenstehenden Parteien bezeichnet.